

Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 18/22570

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Umfassende Konsequenzen aus dem Immobiliendeal Augustinerhof in Nürnberg ziehen!

Drs. 18/22570

Der Landtag wolle beschließen:

Nachdem der Bayerische Oberste Rechnungshof den Immobiliendeal zur Errichtung und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen Museum in einer Stellungnahme als kritisch bewertet, insbesondere die vermietetfreundliche Gestaltung des Mietvertrages, das hohe Mietkostenniveau, die ungünstige Risikoverteilung zulasten des Mieters, die fehlende Offenheit bei der Standortwahl und ein fehlendes offenes Markterkundungsverfahren, wird die Staatsregierung aufgefordert,

- dem Landtag unverzüglich alle Stellungnahmen der Staatsregierung gegenüber dem Bayerischen Obersten Rechnungshof hierzu vorzulegen,
- die bisherigen Antworten der Staatsregierung auf die im Bayerischen Landtag gestellten Anfragen bzw. Berichtsansträge zu überprüfen und gegenüber dem Landtag zu korrigieren,
- den Immobiliendeal, die Verhandlungen zum Mietvertrag sowie die Entscheidungsabläufe innerhalb der Staatsregierung unverzüglich einer umfassenden selbstkritischen Neubewertung zu unterziehen, die Fehler offen zu benennen und Konsequenzen zur Vermeidung von finanziellen Schäden für den Freistaat und ungerechtfertigter Begünstigung von Investoren in vergleichbaren Fällen zu ziehen sowie
- dem Landtag unverzüglich zu berichten, welche Konsequenzen und Lehren aus diesem Fall gezogen werden und gezogen werden müssen, um in Zukunft wirtschaftliche und finanzielle Nachteile für den Freistaat Bayern bei der Realisierung vergleichbarer Projekte zu vermeiden.